



Ausschuss der Regionen

**RELEX-IV-005**

**70. Plenartagung  
6./7. Juni 2007**

**STELLUNGNAHME  
des Ausschusses der Regionen**

**"ERWEITERUNGSPAKET 2006 - ANGEHENDE  
KANDIDATENLÄNDER"**

DER AUSSCHUSS DER REGIONEN:

- geht davon aus, dass die Zukunft der westlichen Balkanstaaten in der Europäischen Union liegt, und anerkennt die Fortschritte, die von den potenziellen Kandidatenländern bei der Umsetzung des Fahrplans zur Konkretisierung ihrer europäischen Perspektive gemacht worden sind;
- geht zugleich davon aus, dass sich bei realistischer Betrachtung der gegebenen Voraussetzungen und bei allen Fortschritten, die bereits erzielt worden sind, nach wie vor tief greifende Probleme in zentralen politischen und wirtschaftlichen Bereichen sowie mit Blick auf die Zivilgesellschaft stellen, deren Lösung noch erhebliche Anstrengungen bei allen Beteiligten erfordern;
- möchte auch betonen, dass die Frage, wie schnell die potenziellen Kandidatenländer der EU beitreten, in erster Linie von den Resultaten des Reformprozesses in den jeweiligen Ländern abhängt. Gleichzeitig ist auch die Integrationsfähigkeit der EU zu berücksichtigen;
- betont in diesem Zusammenhang zugleich, dass dies nicht nur eine 'technische' Frage ist: die Integrationskapazität umfasst nicht nur die institutionelle Funktionsfähigkeit der EU, sondern immer auch die Unterstützung für Entscheidungen durch die Bevölkerung in den Mitgliedstaaten;
- weist darauf hin, dass, während bei Reformen wie Handelsliberalisierung, Privatisierung, Rechtsetzungsreform und Förderung der ausländischen Investitionen eine Zusammenarbeit zwischen der EU und den Westbalkanländern bereits stattfindet, bisher ein klar umrissener Rahmen für die Zusammenarbeit auf regionaler und lokaler Ebene fehlt. Mit der vom Ausschuss der Regionen im Februar 2006 eingesetzten Arbeitsgruppe Westbalkan sollte ein solcher Rahmen geschaffen und der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Region ein höherer Stellenwert auf der politischen Agenda der EU eingeräumt werden;
- erinnert daran, dass die Begleitung des Erweiterungsprozesses auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene aufgrund seiner großen Bedeutung für die Zukunft der EU und der Notwendigkeit einer Stabilisierung des Westbalkanraums eine große Herausforderung darstellt. Deshalb war es für den Ausschuss der Regionen wichtig, ein politisches Forum zu schaffen, um die Entwicklung dieses Prozesses zu fördern, wobei im Hinblick auf die Festlegung seiner politischen Positionen der Dialog mit allen Akteuren gepflegt werden muss.

Referenzdokument

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat - Erweiterungsstrategie und wichtigste Herausforderungen für den Zeitraum 2006-2007 mit Sonderbericht über die Fähigkeit der EU zur Integration neuer Mitglieder  
KOM(2006) 649 endg.

## I. POLITISCHE EMPFEHLUNGEN

### DER AUSSCHUSS DER REGIONEN

#### *Erweiterungsstrategie und allgemeine Herausforderungen*

1. geht davon aus, dass die Zukunft der westlichen Balkanstaaten in der Europäischen Union liegt, und anerkennt die Fortschritte, die von den potenziellen Kandidatenländern bei der Umsetzung des Fahrplans zur Konkretisierung ihrer europäischen Perspektive gemacht worden sind;
2. geht zugleich davon aus, dass sich bei realistischer Betrachtung der gegebenen Voraussetzungen und bei allen Fortschritten, die bereits erzielt worden sind, nach wie vor tief greifende Probleme in zentralen politischen und wirtschaftlichen Bereichen sowie mit Blick auf die Zivilgesellschaft stellen, deren Lösung noch erhebliche Anstrengungen bei allen Beteiligten erfordern;
3. setzt sich mit Nachdruck dafür ein, dass die für die Stabilisierung der gesamten Region notwendigen Reformprozesse fortgesetzt werden; ist sich dabei des Dilemmas bewusst, das sich für die potenziellen Kandidatenländer aus einer eher langfristigen Beitrittsperspektive ergibt: je weniger greifbar das Ziel des Beitritts ist, desto eher besteht die Gefahr, dass der Reformprozess an Dynamik verliert. Dieses darf allerdings nicht zu der Aufweichung von Beitrittskriterien oder der Abkehr vom Prinzip der strikten Konditionalität führen; weist darauf hin, dass genügend Anreize zu schaffen und Hilfestellungen zu geben sind, die dazu beitragen, dass der Reformprozess auf allen Ebenen fortgesetzt wird;
4. begrüßt alle geeigneten Maßnahmen der EU, die dazu dienen, die einzelnen Länder in ihrer Entwicklung zu stabilisieren, vor allem im Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität sowie durch Hilfestellungen beim Aufbau effizienter Verwaltungsstrukturen, die notwendigerweise auch die regionale und lokale Ebene einschließen müssen; begrüßt in diesem Zusammenhang ebenfalls alle geeigneten Vorhaben, die dazu beitragen, den eigenverantwortlichen Aufbau politischer und wirtschaftlicher Kooperation in der Region zu unterstützen;
5. möchte auch betonen, dass die Frage, wie schnell die potenziellen Kandidatenländer der EU beitreten, in erster Linie von den Resultaten des Reformprozesses in den jeweiligen Ländern abhängt. Gleichzeitig ist auch die Integrationsfähigkeit der EU zu berücksichtigen;
6. betont in diesem Zusammenhang zugleich, dass dies nicht nur eine 'technische' Frage ist: die Integrationskapazität umfasst nicht nur die institutionelle Funktionsfähigkeit der EU, sondern immer auch die Unterstützung für Entscheidungen durch die Bevölkerung in den Mitgliedstaaten; erinnert die Verantwortlichen in der EU daran, wie wichtig es ist, die öffentliche Meinung zu beachten, und erinnert zugleich auch an die Bedeutung von Führungsqualitäten,

um im Falle einer allgemein positiven Einschätzung künftiger Erweiterungen die Unterstützung durch die Öffentlichkeit zu gewährleisten;

7. schlägt vor, dass die Institutionen Maßnahmen zugunsten der Bürgerinnen und Bürger und ihrer Verbände fördern, damit diese öffentlich ihre Standpunkte zum Erweiterungsprozess formulieren und austauschen können;
8. erkennt die Bedeutung, den Reichtum und den Wert, den der Westbalkan und die einzelnen Westbalkanländer und -völker zur EU insgesamt beisteuern werden;
9. unterstützt vor diesem Hintergrund alle Bemühungen, Heranführungs- und Beitrittsprozesse unter strikter Einhaltung der gesetzten Kriterien durchzuführen und diese - etwa auch mit Blick auf mögliche Folgewirkungen auf die gemeinsamen Politiken - möglichst transparent zu gestalten, so dass ein breiter politischer Diskurs über die künftigen Erweiterungen möglich ist. Nur auf dieser Basis wird es möglich sein, die notwendige Akzeptanz in der Öffentlichkeit zu erlangen. Der AdR wird sich - ebenso wie seine Mitglieder - aktiv und in dem Bewusstsein an diesem Diskurs beteiligen, dass gerade die Zukunft der westlichen Balkanstaaten ein wichtiger Prüfstein für die gemeinsame europäische Idee darstellt;
10. fordert alle Beteiligten in der Region dazu auf, sich aktiv und konstruktiv an der Lösung der strittigen Fragen zu beteiligen, die derzeit noch einer gemeinsamen Perspektive im Wege stehen; die Kosovo-Frage ist dabei sicherlich von herausgehobener Bedeutung, da sie auf die gesamte Region ausstrahlt;
11. plädiert für den Zeitraum bis zu einem Beitritt zur EU mit Nachdruck für geeignete Maßnahmen, die - bei unbedingter Aufrechterhaltung der Beitrittsmöglichkeit - zum einen dazu beitragen, die Chancen einer konstruktiven Entwicklung der betreffenden Staaten des Westbalkans nachhaltig zu fördern und zum anderen, die Heranführung an die EU durch praktische Schritte zu verbessern;
12. anerkennt in diesem Zusammenhang die Bedeutung, die die Bevölkerung des Westbalkans mit der Perspektive von Visaerleichterungen verbindet, und unterstützt sehr nachdrücklich den Wunsch, direkte Kontakte auch dadurch zu fördern, dass mehr Stipendien für Studenten und junge Berufstätige aus der Region zur Verfügung gestellt werden;
13. unterstützt geeignete Maßnahmen zur grenzüberschreitenden und interregionalen Zusammenarbeit mit lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in den EU-Mitgliedstaaten ebenso wie die Ansätze zur zwischenstaatlichen Kooperation in der Region des westlichen Balkans, die sich auf möglichst viele Politikfelder erstrecken sollte;
14. weist darauf hin, dass, während bei Reformen wie Handelsliberalisierung, Privatisierung, Rechtsetzungsreform und Förderung der ausländischen Investitionen eine Zusammenarbeit zwischen der EU und den Westbalkanländern bereits stattfindet, bisher ein klar umrissener

Rahmen für die Zusammenarbeit auf regionaler und lokaler Ebene fehlt. Mit der vom Ausschuss der Regionen im Februar 2006 eingesetzten Arbeitsgruppe Westbalkan sollte ein solcher Rahmen geschaffen und der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Region ein höherer Stellenwert auf der politischen Agenda der EU eingeräumt werden;

15. erinnert daran, dass die Begleitung des Erweiterungsprozesses auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene aufgrund seiner großen Bedeutung für die Zukunft der EU und der Notwendigkeit einer Stabilisierung des Westbalkanraums eine große Herausforderung darstellt. Deshalb war es für den Ausschuss der Regionen wichtig, ein politisches Forum zu schaffen, um die Entwicklung dieses Prozesses zu fördern, wobei im Hinblick auf Festlegung seiner politischen Positionen der Dialog mit allen Akteuren gepflegt werden muss;
16. betont, dass der AdR über diese Arbeitsgruppe den ständigen Dialog mit den lokalen und regionalen politischen Vertretern der Westbalkanländer fördern will. Auch wird er die Veranstaltung von Informations- und Kommunikationskampagnen zum Erweiterungsprozess in den lokalen Gebietskörperschaften und Regionen der EU und des Westbalkans fördern und unterstützen;

#### *Albanien*

17. weist darauf hin, dass es nach wie vor erheblicher Anstrengungen bedarf, die dezentralen Strukturen und damit die Bedingungen für die Entwicklung der lokalen Demokratie zu stärken; Verwaltungsumbau und -modernisierung sollten nicht zu einem Abbau regionaler und lokaler Verwaltungskapazitäten führen, sondern zu deren Stärkung beitragen;
18. begrüßt die erzielten Fortschritte im Bereich des Minderheitenschutzes und zeigt sich zugleich besorgt über den zu geringen Einsatz von Ressourcen zur Bekämpfung von Menschenhandel. Insbesondere für die Schwächsten der Gesellschaft wie z.B. Roma-Kinder müssen rasch Verbesserungen erzielt werden; verweist auf die wichtige Rolle, die den Verantwortlichen auf lokaler und regionaler Ebene bei der Umsetzung der rechtlichen Rahmenbedingungen gerade in diesem Bereich zukommt;
19. begrüßt mit Blick auf den aktuellen Gesetzentwurf zur Gemeindefinanzierung alle Maßnahmen, die dazu beitragen, die finanzielle Ausstattung der lokalen und regionalen Ebene zu verbessern und ihren Aktionsradius bei der Förderung von Investitionen auf lokaler und regionaler Ebene zu erweitern;
20. begrüßt die Verbesserungen in der öffentlichen Verwaltung, insbesondere auch im Bereich des Auftragswesens (auch hier liegt ein neuer Gesetzentwurf vor, der derzeit im Parlament beraten wird), das bislang wenig transparent gewesen ist, und schlägt vor, dass die lokale und regionale Ebene bei der weiteren Ausgestaltung der Regelungen stärker eingebunden wird;

21. begrüßt die erkennbaren Verbesserungen der wirtschaftlichen Situation und erwartet weitere Anstrengungen, um die Verpflichtungen aus dem 2006 unterzeichneten Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zu erfüllen;
22. nimmt angesichts der Ergebnisse der am 18. Februar 2007 durchgeführten Kommunalwahlen die Schlussfolgerungen der Beobachtungsmission der OSZE zur Kenntnis und fordert, sich künftig verstärkt um die Durchführung von Wahlen zu bemühen, die den internationalen Standards entsprechen;
23. begrüßt die Fortschritte bei der Bekämpfung der Korruption und des Schutzes der Menschenrechte und erwartet weitere Anstrengungen zur Verbesserung in diesen Bereichen;

*Bosnien und Herzegowina*

24. verweist auf die Notwendigkeit von Verfassungsreformen und auf die Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU, damit auch der Beitrittsprozess in den kommenden Monaten verstärkt vorangetrieben werden kann;
25. unterstützt alle Maßnahmen, die dazu beitragen können, Fortschritte bei der Stabilisierung von Bosnien und Herzegowina zu erreichen, wobei er der Stärkung der lokalen Demokratie in beiden Entitäten eine besondere Bedeutung beimisst. Eine damit verbundene Verbesserung der politischen Verhältnisse vor Ort dürfte nicht unerheblich zu einer Stabilisierung der Gesamtsituation beitragen;
26. begrüßt die Fortschritte bei der Bekämpfung der Korruption, im Bereich der Menschenrechte und des Minderheitenschutzes, und plädiert dafür, die Anstrengungen, die bisher in diesen Bereichen unternommen worden sind weiter zu verstärken. Eine lebendige lokale Demokratie und die Stärkung der Zivilgesellschaft können hierzu einen wichtigen Beitrag leisten;
27. plädiert nachdrücklich für eine intensive Kooperation mit dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag;
28. unterstützt alle Maßnahmen, die dazu beitragen können, einen wirklichen Binnenmarkt innerhalb des Landes zu schaffen, wobei er davon ausgeht, dass Aktivitäten der lokalen Ebene hierzu einen wichtigen Beitrag leisten können;
29. plädiert von daher auch aus diesem Grund für eine institutionelle und finanzielle Stärkung dieser Ebene, die mit dem Aufbau einer effektiven Verwaltung einhergehen muss;
30. plädiert für ehrliche Bemühungen der beiden Entitäten zu einer konstruktiveren Zusammenarbeit und begrüßt die Ergebnisse der Arbeit von nichtstaatlichen und gemeinnützigen Organisationen im Bereich der neuen lokalen Strategie zur Entwicklung der Selbstverwaltung;

*Montenegro*

31. anerkennt die Anstrengungen, die das Land nach seiner Unabhängigkeit unternommen hat, um staatliche Strukturen aufzubauen, und begrüßt die Fortschritte, die es auf diesem Wege bereits gemacht hat;
32. begrüßt vor allem die Implementierung einer Reform der lokalen Gebietskörperschaften, die mit einer Reihe von Gesetzgebungsvorhaben begonnen worden ist mit dem Ziel, die lokalen Verwaltungseinheiten entsprechend dem Arbeitsprogramm für eine bessere Selbstverwaltung zu stärken;
33. begrüßt ebenfalls das Vorhaben der Regierung, eine Koordinierungsstelle für das Monitoring des Dezentralisierungsprozesses einzurichten, deren Aufgabe auch darin bestehen wird, eine genauere Klärung von Kompetenzen und deren finanzieller Unterfütterung vorzunehmen;
34. begrüßt schließlich auch den neuen Ethik-Kodex für öffentliche Bedienstete, der auch für die Beschäftigten der lokalen Verwaltungseinheiten gilt. Er wird dazu beitragen, dass im Rahmen der Reform der öffentlichen Verwaltung die noch bestehenden Defizite, etwa im Bereich der Korruptionsbekämpfung, weiter aufgehoben werden;
35. anerkennt die Fortschritte bei der Bekämpfung der Korruption und begrüßt die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag;
36. plädiert für verstärkte Maßnahmen zum Schutz der Minderheitenrechte. Insbesondere die Situation von Roma und Flüchtlingen erfordert besondere Aufmerksamkeit;

*Serbien*

37. verweist auf seine Stellungnahme über die Westbalkanländer vom Oktober 2006, in der zum Ausdruck kommt, dass alle diese Länder in der Europäischen Union willkommen sind, und bekräftigt, dass er auch weiterhin den Dialog mit den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften Serbiens pflegen wird;
38. bedauert die Entscheidung des serbischen Parlaments, den Entwurf des UNO-Vermittlers Martti Ahtisaari zum zukünftigen Status des Kosovo abzulehnen, und setzt darauf, dass es im weiteren Verlauf der Gespräche zu einer konstruktiven Lösung kommt, die von allen Seiten getragen werden kann; ruft Belgrad dazu auf, aktiv und konstruktiv an den Konsultationen zur Lösung der Kosovo-Frage teilzunehmen;
39. begrüßt die erreichten Fortschritte beim Ausbau und bei der Effektivierung der öffentlichen Verwaltung und fordert zugleich aber dazu auf, entsprechende Anstrengungen im Sinne des Subsidiaritätsprinzips auch beim Aufbau dezentraler und lokaler Verwaltungsstrukturen zu unternehmen;

40. empfiehlt, dass die Kommission bei ihrer Unterstützung für den Verwaltungsaufbau die lokalen Verwaltungskapazitäten besonders berücksichtigen sollte, insbesondere um bei der Umsetzung des Rechts sowie der Verbesserung der Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen zentraler und lokaler Verwaltung zu helfen;
41. plädiert dafür, dass Serbien die Europäische Konvention zur lokalen Selbstverwaltung sobald wie möglich ratifiziert;
42. begrüßt die Fortschritte bei der Bekämpfung der Korruption und plädiert für weitere Anstrengungen in diesen Bereichen;
43. plädiert für die rückhaltlose Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag;
44. begrüßt die deutlichen Fortschritte bei den Verhandlungen über Visumserleichterungen und Rückübernahme;  
*Kosovo*
45. begrüßt die Bemühungen des Sondergesandten der Vereinten Nationen Martti Ahtisaari zur Festlegung des künftigen Status des Kosovo und hebt hervor, dass in naher Zukunft eine tragfähige Lösung der Status-Frage gefunden werden muss, welche die Rechte der gesamten Bevölkerung des Kosovo sichert;
46. ruft Pristina dazu auf, aktiv und konstruktiv an den Konsultationen zur Lösung der Kosovo-Frage teilzunehmen;
47. begrüßt die Fortschritte bei der Bekämpfung der Korruption, anerkennt die Anstrengungen, die bisher im Bereich der Menschenrechte und des Minderheitenschutzes unternommen worden sind, und plädiert dafür, hier weitere Anstrengungen zu unternehmen;
48. begrüßt, dass die Institutionen des Kosovo ein Rahmenprogramm für eine Reform der Kommunalverwaltung erarbeitet haben mit dem Ziel, die Sicherheit und die Lebensbedingungen in den Gemeinden zu verbessern;



49. betont, dass die Verwaltungskapazitäten auf lokaler Ebene trotz aller Fortschritte noch nicht ausreichend sind, wobei dies sowohl für den administrativen als auch für den strategisch-planerischen Bereich gilt.

Brüssel, den 6. Juni 2007

Der Präsident  
des Ausschusses der Regionen

Michel DELEBARRE

Der Generalsekretär  
des Ausschusses der Regionen

Gerhard STAHL

## II. VERFAHREN

<b>Titel</b>	Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat - Erweiterungsstrategie und wichtigste Herausforderungen für den Zeitraum 2006-2007 mit Sonderbericht über die Fähigkeit der EU zur Integration neuer Mitglieder als Anlage
<b>Referenzdokument</b>	KOM(2006) 649 endg.
<b>Rechtsgrundlage</b>	Artikel 265 Absatz 1 EGV
<b>Geschäftsordnungsgrundlage</b>	
<b>Befassung durch die Kommission</b>	8.11.2006
<b>Beschluss des Präsidiums</b>	25.4.2006
<b>Zuständig</b>	Fachkommission für Außenbeziehungen und dezentralisierte Zusammenarbeit (RELEX)
<b>Berichterstatter</b>	Wolfgang Gibowski (DE/EVP), Staatssekretär, Bevollmächtigter des Landes Niedersachsen beim Bund
<b>Analysevermerk</b>	7.12.2006
<b>Prüfung in der Fachkommission</b>	25.1.2007
<b>Annahme in der Fachkommission</b>	29.3.2007
<b>Abstimmungsergebnis</b>	Mehrheitlich angenommen
<b>Verabschiedung auf der Plenartagung</b>	6.6.2007
<b>Frühere Ausschusstellungnahme</b>	CdR 115/2006 fin <sup>*</sup> - Stellungnahme zur Mitteilung der Kommission <i>"Der westliche Balkan auf dem Weg in die EU: Konsolidierung der Stabilität und Steigerung des Wohlstandes"</i> KOM(2006) 27 endg. Berichterstatter: Franz Schausberger (AT/EVP), verabschiedet auf der Plenartagung am 14.6.2006

\*

ABl. C 51 von 6.3.2007, .S. 16.